

**Bezugspreise:**  
Ausgabe A mit illustriertem Unterhaltungsbeilage und reitg. Wochenbeilage Freitagabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

# Sächsische Volkszeitung

Einzigste katholische Tageszeitung zu Sachsen.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und reitg. Wochenbeilage Freitagabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Organ der Zentrumspartei

Schminken, Puder

Parfümerie Schwarzlose,

Dresden - A.  
Schloß - Str. 13.

für Theaterbedarf,  
für Gesellschaften,  
zur Haupthilfe  
in ermorger Auswahl

## Frankreichs und Englands Stellung zum Völkerbund.

Die Entwicklung der Menschheit und ihre Kultur vollzieht sich nicht sprunghaft, sie wird oft durch elementare Ereignisse, wie die Eide durch einen vulkanischen Ausbruch, einheitert. Aber die Wirkungen solcher Ereignisse, wie z. B. der Weltkrieg, lassen sich nur abnen und andenken, denn Wagn des Miterlebenden bleiben sie meist verborgen und vollziehen sich nur langsam. So sind auch diejenigen, die glauben, der wahre Völkerbund der Verständigung und Einigkeit werde mit dem künftigen Friedensschluß entstehen, im Irrtum. „Alles fließt!“ Die heilige Allianz vor etwa hundert Jahren wird eine große Neubildung mit dem Völkerbund von heute haben, nur mit dem Unterschied, daß damals rein europäische Fragen zur Diskussion standen, heute aber weltpolitische gelöst werden sollen. Verfolgt man immerhin die Pariser Berichte und die ausländischen Pressestimmen, so ist es auf dem ersten Blick ersichtlich, daß ja auf der Pariser Konferenz zwei Lager gebildet haben, die eine pro Wilson, die für die aufrichtige Durchführung der katalanischen Forderungen des Völkerbundes einzutreten vor und geführt von Amerika und England, die andere contra Wilson, geführt von Frankreich, und Gouverneur mögen der Ansicht sein, daß wir als der leidende Dritte den Anschluß an die erste Gruppe suchen müssen, um uns französischer Verbindung tendenz zu entziehen. Das will es aber scheinen, daß wir weder von der einen noch der anderen Seite Gutes zu erwarten haben werden. Frankreich treibt Kontinentalpolitik, England Weltpolitik, beide aber rein imperialistische.

Frankreich hat seit jeher keine Kontinentalpolitik getrieben, keine außereuropäische Kolonialpolitik, z. B. in Afrika, sondern bald ein Ende. Erst als Deutschland nach dem zweiten Frieden Frankreichs dominierende Stellung in Europa einen vernichtenden Schlag beigebracht hatte, wandte sich Frankreichs Interesse unter andererlei Begünstigung Biennards, dem Mittelmächtigern und Centralafrikas zu. Seit den neunziger Jahren aber lebt das Interesse für den Kontinent in Paris wieder auf. Das Bündnis mit Russland war der erste Erfolg. Die Zeiten des Vurenkrieges und Koschoda ließen den europäischen Gedanken ganz besonders stark aufleben, und wie es scheint, hat man zu der Zeit eine Annäherung und Verständigung mit Deutschland erzielt.

Heute nun sieht sich Frankreich in der äußerlich glänzenden Lage, Sieger auf der ganzen Linie zu sein. Der verbotene Sieger von 1871 ist völlig von Boden gerungen. Aber Frankreich hat auch keinen kontinentalen Verbündeten, der es nicht repräsentiert, auf absehbare Zeit zu gewährten. Russland ist völlig zerstört, die slawischen Volksstaaten unter österreichischem Protektorat und Polen ein völlig ungewisser Factor, Italien ein offener Gegner und Konkurrent im Mittelmeer. So freibt man denn an der Seine eine klare Siedlungsfläche wie möglich zu entrichten, um sie sich einzuerleben und sich dadurch wirtschaftlich und militärisch so stark zu machen, daß das natürliche deutsche Hegegewicht beseitigt wird. An Stelle von Russland soll ein griechisch starkes Polen das Hegegewicht in Europa werden und den Landzweck von Deutsch-Oesterreich verhindern, man teils durch Begünstigung tschechischer Interessenspolitik, wie andererseits durch den Versuch einer Wiedereinrichtung Oesterreich-Ungarns zu verhindern. Durch Erfüllung aller dieser Wünsche hätte Frankreich neben dem zweitwichtigsten Industriegebiete, die ihm ermöglichen, einen ungeahnten industriellen Aufschwung zu nehmen — die Städte in Elsaß-Lothringen spielen dabei keine geringe Rolle — und der Verstärkung seiner Bevölkerungszahl zunächst erreicht, daß das Deutsche Reich für absehbare Zeit nicht mehr in der Lage sein wird, auch nur in der beschleunigten Form eine Rolle im Innern der Mächte zu spielen. Frankreich würde die unbeschränkte Hegemonie des Reiches an sich reißen. Wozu also Völkerbund, wozu Verständigungsfrieden? Das in Europa viele und dominante und die schwächeren Völker seine neuen Kräfte ansetzen. Dazu kommt das kostbare französische Herz, Wozu also Abschluß? Ein Ergebnis? Noch nie benötigte Frankreich so sehr eine starke Armee! Lebte vor kurzem der Clemenciat. Wir hätten also das Befreiungsbild, ein idealistisches Europa unter nicht zu betreibende Führung Frankreichs.

Was los aber im Interesse Frankreichs? Die beiden napoleonischen Distrikte sind noch nicht lange genug vorüber,

um nicht jedem Engländer gegenwärtig zu sein. Die Vorstellung Frankreichs bedroht den Weg nach Indien durch Mittelmeer. Grund genug, um dem Völkerbund das Wort zu reden. Allgemeine Abüstung, Handelsblöcke gegen Völkerverbündete drohen das Juwelreich nicht. Wann man also nicht im amerikanischen Fahrwasser segeln, erfüllen sich Frankreichs territoriale Hoffnungen nicht, auch es keine Kriegsverluste an West und Neusiedl selber deuten, so schwundet der schöne Traum französischer Hegemonie und industrieller Aufschwunges, und die angloamerikanischen Gebieter behalten das Spiel in der Hand. Deutschlands Rücktritt ist notwendig zum Gegen gewicht. Und daß die deutschen Böeme nicht in den Himmel wachsen, wo ja bald man die Welt presse und das Völkerbundtribunal. Angloamerikanische Allianz bedeutet der Völkerbund, noch Wilson auch noch so sehr bemüht sein, seine Ideale durchzusetzen. Daß er selbst nicht recht daran glaubt, beweist die amerikanische Flotten vorlage, die dieser Tage bewilligt wurde.

Frankreich hat die Gefahr der angloamerikanischen Weltversammlung unzweifelhaft erkannt und bekämpft sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

Nach allem, was zu erwarten ist, werden wir wohl gezwungen sein, im angloamerikanischen Fahrwasser zu segeln, auch dies bleibt den Franzosen nicht unbekannt und so werden sie weiterhin unsere unerbittlichsten Gegner sein.

Wie die internationale Arbeiterbewegung später die Außenpolitik der Länder beeinflussen wird, das läßt sich heute noch in keiner Weise voraus sagen. Für den Friedensschluß ist aber wahrscheinlich mit ihrer auslösenden Wirkung auf die territorialen Fragen nicht zu rechnen. Es müßten denn ganz besondere Verhältnisse eintreten. Jedenfalls haben wir weder von England noch von Frankreich Gütes zu erwarten. Ausgeschlossen erscheint aber durchaus nicht, daß unter dem Druck des angloamerikanischen Übergewichts sich doch noch einmal eine Verständigung mit Frankreich über die Elsaß-Lothringen Frage als Nationenvereinigung vollziehen wird und damit dann der berüchtigten Neutralitätspolitik, die ein besonderer Liebling der Engländer war, endlich ein wohlverdientes Grab bereitet wird. Dann ist auch in Europa der Völkerbundsgedanke einen rohen Schritt vorwärts gegangen. Wie denn auch der Frieden ausfällt, auf die Zurückgewinnung des deutschen Elsaßes und Lothringens dürfen wir nie verzichten und müssen die Möglichkeit friedlicher Zurückgewinnung durchaus im Auge behalten. Notwendig wird aber dazu sein, armuthlich our unsere Politik gegenüber England und Amerika zu machen. Wieviel die schon bei den kommenden Verhandlungen vertretenden Interessen zu unseren Gunsten ausgenutzt werden können, muß abgewartet werden. D. v. W.

Unabhängigen wollten in die Verfassung den Grundsatz der Sozialisierung aufgenommen haben. Dagegen sträubte sich noch die Südermannspartei, namentlich in ihre Regierung eintrat, daß die Sozialisierungsfrage nur im Einvernehmen mit dem Reich gelöst werden könnte. Jetzt haben die beiden sozialdemokratischen Parteien folgenden Wunsch gefaßt, daß zugleich mit dem vorläufigen Grundsatz zu Gesetz und Verordnungslizette veröffentlicht werden soll.

Beim Erlaß des vorläufigen Grundsatzes für den Reichtum Sachsen erklärt die Volkskammer, daß die Volkspolitik nach folgenden Grundsätzen zu führen ist: Sachsen ist ein demokratisch-sozialistischer Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches. Die Sozialisierung der Wirtschaft ist nach dem Stande der Entwicklung herbeizuführen. Die dazu reichen Wirtschaftsgebiete und die Zweige des Bodens sind in gesellschaftliches Eigentum überzuführen und unter staatliche Aufsicht zu stellen. Auch hierbei ist der Zusammenhang Sachsen mit dem Reich zu beachten und zu wahren. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen zu gestalten, die Verteilung der Verbrauchsgüter dementsprechend zu regeln.

Der Mehrheitssozialist Uhlig suchte den Umsatz seiner Freunde damit zu rechtfertigen, daß durch den Beschluss lediglich Weit und Richtung festgelegt werden sollten, in denen Politik und Wirtschaftspolitik in Sachsen getrieben werden müßten. Er gab aber zu, daß bei dieser Frage komplizierte Vorarbeiten — am Gedankenarbeit und Organisation — geleistet werden müßten. Der Demokrat Röhlisch stellte diesen Beschluss als außergewöhnlichen Vorgang fest. Der Begriff Sozialisierung sei zu einem Schlagwort geworden, unter dem jeder etwas anderes verstehe. Der deutsche Volkspartei Kaiser wies darauf hin, daß der Reichstag gegen die Reichsverfassung sich richte. Er habe die Schaden beseitigt, die der sächsischen Industrie aus solchen Experimenten erwachsen würden. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß sich natürlich der Unabhängige Lipinski für den erwähnten Sozialisierungsbeschluß begeisterte. Nach ihm machen sich überall gegenrevolutionäre Strömungen bemerkbar. Herr Lipinski sieht Gelegenster. Aber er sieht sie gern, denn sonst wäre die ganze Tätigkeit der Unabhängigen gar nicht möglich. Er will die Resolution fortsetzen.

Die Unabhängigen beantragten weiter, daß folgender § 3a in die Verfassung eingefügt würde:

„Außer dem Parlament und den sonstigen öffentlichen Körpern bestehen Arbeiter- und Soldatenräte, die das Recht der Kontrolle und des Einspruchs gegenüber Maßnahmen und Beschlüssen des Parlaments und der öffentlichen Körperverfassungen haben. Bleibt der Einspruch dem Parlament gegenüber wirkungslos, muß mit Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrates durch eine Volksabstimmung die Entscheidung beibehalten werden. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind berufene Organe zur Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Sozialisierung der Gesellschaft. Näheres über Rechte und Pflichten der Arbeiter- und Soldatenräte ist durch besonderes Gesetz zu bestimmen.“

Dieser Antrag stieß überall auf Ablehnung. Als die Unabhängigen das sahen, brachten sie einen Gegenantrag ein, wonach die Rechte und Pflichten der A. und S. Räte als Einspruch- und Kontrollbehörde durch besonderes Gesetz festgestellt werden sollten. Herr Lipinski erklärte, daß, wenn aus dieser Art ein Antrag dazu eingebracht würde, die Unabhängigen gegen die Verfassung stimmen würden. Der demokratische Abgeordnete redete mit Lipinski ab und verlangte von der Regierung Redenort auf über die finanzielle Sicherung der Arbeiter- und Soldatenräte. Der Mehrheitssozialist Sindershausen nahm dann noch einen Verteidigung Roske gegenüber Anwälten Lipinski in Sachen. Es gab dabei sehr niedliche häusliche Szenen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien. Aufsässig war, daß von den Unabhängigen nur ganz wenige Abgeordnete anwesend waren. Auch die Kreisherrschaft Gran Seher teilte. Die Herrschaften freuten wohl in Leipzig bestürzt zu seien. Herr Südermann stellte ihnen in Aussicht, daß sie nach die Säulen ihres Viehmarkts mit den Kommunisten und Sozialisten auch in Leipzig wären würden. Er erklärte dann die Durchführung der Sozialisierung ohne Reich für unmöglich. Ein einzelner Rundeck sei dann nicht üblich. Es ist nur dann nicht gerecht, wenn man die Mehrheitssozialisten doch für den genannten Beschluss erklart haben.

## Erfolge der Unabhängigen.

Aus der sächsischen Volkskammer.

Dresden, 28. Februar 1919.

Der Staatspräsident ist gefallen. Das kann man kaum annehmen, daß das sozialistische Ministerium gleich nach Füllungnahme mit den Mehrheitssozialisten für die Einsetzung des Staatspräsidenten eingetreten wäre. Da kam der Einspruch der Unabhängigen. Das Ministerium blieb fest, aber die Mehrheitssozialisten fielen um. Wie bekannt ist in Sachsen auch nicht den Schein einer autoritären Stütze. Nach der neuen Fassung des Verfassungsentwurfes vertritt der Ministerpräsident, der von der Volkskammer bei Amtseinsetzung von mindestens zwei Dritteln der Zahl der Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt wird, den Staat nach außen. Staatsvertreter, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Volkskammer. Von Interesse ist, daß außerdem ein Antrag dazu eingebracht wurde, „die Konferenz um eine Urtage zu erlassen, daß sie wichtige Staatsverträge, die nicht unter § 13 Absatz 1 fallen, nicht in ihrem wesentlichen Inhalte der Volkskammer vorstellen werde“. Bedenfalls muß gehandelt werden, daß tatsächlich die jetzige Regierung mit dem Antrag auf Einsetzung des Staatspräsidenten mehr Staatsweisheit beweisen hat, als ihre Freunde von der Mehrheitssozialdemokratie, die aus sozialistischen Gründen die Erfüllung des Wunsches, einen einstenden Pol in der Erziehung und Bildung vereitel, haben. Auch in der Frage der Sozialisierung haben die Mehrheitssozialisten sich mit den Unabhängigen auf ein Kompromiß geeinigt. Di-